Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.38 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 142. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 21. Juni 1933. | 15. Jahrgang.

Und all das Geld und all das Gut
Gewährt zwar schöne Sachen,
Gesundheit, Schlaf und guten Mut
Kann's aber doch nicht machen.

Matthias Claudius.

Das chinesisch-japanische Problem und der Völkerbund.

Nachdem vor wenigen Wochen noch wenig Aussichten vorhanden waren, daß der sinojapanische Konflikt bald friedlich beigelegt werden könnte, scheint doch der fast widerstandslose Zusammenbruch der chinesischen Front in Dschehol weitesten Kreisen, die noch immer an die Möglichkeit eines militärischen Widerstandes glaubten und darum leidenschaftlich für ihn eintraten, die Augen geöffnet zu haben für die Erfolglosigkeit weiteren Widerstandes. Auch diese Kreise haben sich zu der Ueberzeugung durchgerungen, daß ohne eine gründliche Umgestaltung des Heerwesens, die Jahre, ja Jahrzehnte beansprucht, an eine Rückeroberung von Dschehol oder gar der Mandschurei mit Aussicht auf Erfolg nicht gedacht werden kann.

Aber von dieser Erkenntnis bis zu einem formalen Friedensschluß mit der Anerkennung von Mandschukno ist noch ein weiter, schwer gangbarer Weg. China hat in schwerem Ringen vom Völkerbund in Genf ein Urteil errungen, das das japanische Vorgehen in der Mandschurei moralisch verurteilt und Chinas Rechtsanspruch auf die Souveränität über dieses Gebiet ausdrücklich anerkennt. Der Genfer Rechtsspruch sichert also wenigstens Chinas Rechtsanspruch für die Zukunft. Wird nun China durch einen formalen Friedensvertrag mit Japan auf ihn verzichten können? Wird sich ein chinesischer Staatsmann, Tschiang Kai-shek eingeschlossen, bereitfinden, der es wagte, das Odium eines solchen Vertrags auf sich zu nehmen? Werden nicht auch die japanischen Bedingungen für den Waffenstillstand als zu hart erscheinen, so daß ihre Annahme auch für die verständigungsbereiten Nankinger Kreise unmöglich sind und darum eine Abänderung derselben erstrebt werden wird? Nach nichtamtlichen Meldungen sollen die japanischen Bedingungen sein:

1. Demobilisierung aller chinesischen Truppen bei Peiping;
2. Zerstörung der Befestigungen bei Peiping, Tientsin, Taku, Tschingwangtao und Shanhaikwan;
3. Ueberwachung aller Abrüstungsmaßnahmen durch japanische Militärs;
4. die Schaffung einer neutralen Zone, die die Provinz Dschehol, also Mandschukuo, von dem nächsten Standort chinesischer Truppen trennen soll.

Es ist kaum anzunehmen, daß die chinesische Regierung sich diesen Forderungen bedingungslos unterwerfen wird. Anderseits kann Japan auf eine formale Anerkennung von Mandschukuo durch China nicht verzichten, da nach seiner Auffassung nur eine solche feierliche Anerkennung den Weg frei macht für eine künftige Zusammenarbeit mit China, und nur diese Lösung dem Vertrage Japans mit Mandschukuo gerecht wird. Japans „Kriegsziel" in dem ganzen Konflikt mit China ist nicht nur die Loslösung der Mandschurei aus dem chinesischen Staatsverband, sondern auch die formale Anerkennung dieser Grenzverschiebung. Gerade im Hinblick auf die „Niederlage" in Genf hat dieses formale Kriegsziel seine besondere Bedeutung, so daß japanischerseits nicht daran gedacht wird, den Friedenszustand mit China wieder herzustellen, lediglich durch eine Einstellung der militärischen Aktionen und Operationen, die vor allem den Zweck haben, China zu zermürben, um es zu dem gewünschten formalen Friedensschluß zu zwingen.

Bei der zunehmenden Konsolidierung von Mandschukuo, an dessen Bestand wohl heute auch in China niemand mehr zweifelt, muß darum die Frage der Anerkennung von Mandschukuo erneut in den Vordergrund treten, zumal, wenn China etwa durch einen dauernden militärischen Waffenstillstand oder ein sonstiges Abkommen den neuen Staat, wenn auch nicht de jure, sondern de facto anerkennt. Eine solche Anerkennung würde allerdings eine Verleugnung der ganzen bisher befolgten Völkerbundspolitik Chinas sein, die kaum denkbar erscheint. Im englischen Oberhaus ist, wie wir der „Ostasiatischen Rundschau" entnehmen, diese Frage Mitte Mai auch bereits durch Lord Iddisleigh angeschnitten worden. Er regte an, daß die englische Regierung mit den Regierungen anderer Staaten in Verbindung treten sollte, um in einer gemeinsamen Aktion Mandschukuo anzuerkennen, die zweifellos für viele Staaten zur Sicherung ihrer eigenen Interessen zu einer Notwendigkeit werden kann, zumal dann, wenn China sich mit dem status quo abfindet.

Nach Iddisleigh gibt es nur zwei Möglichkeiten, entweder effektive Sanktionen gegen Japan, die nach dem bisherigen Verlauf in Genf als ausgeschlossen gelten müßten. Sei das aber der Fall, so könne man nur Mandschukuo anerkennen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Mandschukuo sei von China getrennt.
2. Chinesische Truppen könnten Mandschukuo nicht wieder zurückerobern.
3. Eine Vereinigung zwischen Mandschukuo und China sei nur auf dem Wege freundschaftlicher Verständigung erreichbar, die aber unmöglich ist.
4. Es liegt im Interesse der fremden Mächte, dem vollständigen Uebergang von Mandschukuo in das japanische Reich vorzubeugen.

Auch der Unterausschuß, den der „beratende Ausschuß" des Völkerbundes zur weiteren Behandlung aller der Fragen eingesetzt hat, die sich für die einzelnen Bundesmitglieder aus der grundsätzlichen Nichtanerkennung von Mandschukuo ergeben, scheint allmählich zu der Einsicht zu gelangen, daß der Beschluß des Völkerbundes in dieser Frage auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten sein wird. Dieser Unterausschuß hat sich am 10. Mai erneut mit all diesen Fragen beschäftigt und einen Bericht aufgestellt, der allen Völkerbundsstaaten zugehen soll. Der „Manchester Guardian" hält das Ergebnis dieser Besprechungen und die Haltung des Ausschusses in der Frage der Nichtanerkennung von Mandschukuo für wenig mehr als ein Farce. Nach dem Bericht soll zwar Mandschukuo von der Beteiligung an internationalen Abkommen ausgeschlossen bleiben, aber die Frage der Briefmarken und des Postdienstes hat man dabei nicht erwähnt. Der Berichtsentwurf erklärt es auch für unmöglich, die Währung von Mandschukuo nicht anzuerkennen, da ein solcher Beschluß gleichsam eine Blockade einer einzelnen Frage sei, die nur dann wirksam wäre, wenn auch Japan eingeschlossen würde. Pässe von Mandschukuo sollen nicht anerkannt und den Inhabern solcher Pässe keine Visa erteilt werden, doch sollten die Konsulate in Mandschukuo ermächtigt sein, für Angehörige von Mandschukuo Passierscheine für das betreffende Land auszustellen. Gegen die Ernennung von Konsulen oder Beibehaltung von Konsulaten sei nichts einzuwenden. Auch stehe es Privatpersonen und Gesellschaften frei, wirtschaftliche Konzessionen zu erwerben, doch sollten die Mitglieder des Völkerbundes in Erwägung ziehen, ihren Staatsangehörigen bekanntzugeben, daß sie auf Schutz keinen Anspruch hätten, wenn sie in Schwierigkeiten geraten. Alle diese Beschlüsse sind aber kaum mehr als ein Verlegenheitsprodukt, das den rauhen Tatsachen gegenüber keinen Bestand haben wird.

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" hat Mandschukuo eine Entscheidung getroffen dahin, daß die Behörden von Mandschukuo ab 1. Juni den Angehörigen der Staaten, die Mandschukuo nicht anerkennen, ein Einreisevisum nicht mehr erteilen werden. Aus allen diesen Gründen dürfte die Frage der Anerkennung von Mandschukuo in absehbarer Zeit erneut Gegenstand von Verhandlungen in Genf sein.

Daß auch Rußland an dem chinesisch-japanischen Problem mitbeteiligt ist, dürfte bekannt sein. Zwischen Sowjetrußland und Japan sind seit geraumer Zeit Verhandlungen und Besprechungen im Gange, die geeignet sind, die Stellung Rußlands im Fernen Osten und seine Beziehungen zu Japan und Mandschukuo grundlegend zu ändern. Wenn Sowjetrußland wirklich die Ostchinesische Bahn, die einsichtige Russen seit Jahren schon als eine lästige Erbschaft der alten zaristischen Zeit empfunden haben, die man schon längst an China hätte verkaufen sollen, jetzt an Japan oder gegebenenfalls an Mandschukuo zu verkaufen bereit ist, so hat dies Angebot zweifellos große politische Bedeutung. Es bedeutet einmal das Eingeständnis Rußlands, daß es nicht mehr in der Lage oder willens ist, seine Rechte an der Ostchinesischen Bahn, die durch Mandschukuo geht, zu verteidigen. Man befürchtet offenbar in Moskau, daß diese Bahnstrecke, die für Rußland ihren ursprünglichen Wert längst verloren hat, zu einem ernstlichen Konflikt im Fernen Osten führen könnte, dessen Ausgang letzten Endes nichts anderes als der Verlust der russischen Küstenprovinz mit Wladiwostok sein würde. Daß Wladiwostok auf die Dauer von Sowjetrußland nicht mehr wird gehalten werden können, ist eine Erkenntnis, die in Moskau ebenso verbreitet ist als in Tokio. Aber man hat natürlich in Moskau keine Veranlassung, die Liquidation eines Besitzes im äußersten Osten durch Festhalten an unhaltbaren Positionen, wie die Ostchinesische Bahn es ist, zu beschleunigen.

Aber auch Japan hat kein Interesse daran, diese Verhandlungen mit Rußland beschleunigt zu sehen. Es wird nicht eher in einen Kauf einwilligen, als bis durch einen Vertrag die formale Anerkennung von Mandschukuo gesichert ist, denn durch einen solchen Vertrag würde Sowjetrußland ja Mandschukuo als Rechtsnachfolger Chinas in der Ostchinesischen Bahn anerkennen, was bislang nicht geschehen ist. Auf Grund des Vertrages von 1924, der eine vollständige Neuregelung der Verwaltung der ostchinesischen Bahn brachte, hat nun China schon Einspruch erhoben in Moskau gegen den beabsichtigten Verkauf, der aber von Moskau bereits zurückgewiesen worden ist.

Im Zusammenhang hiermit ist nun die Meldung von Interesse, daß der russische Botschafter in Tokio, Yureneff, Japan den Vorschlag gemacht hat, in Tokio in einer gemeinsamen Konferenz alle ausstehenden Streitfragen, die mit dem chinesisch-japanischen Problem zusammenhängen, zu bereinigen, und daß anderseits Port Arthur von neuem zu einer Marinestation erklärt worden ist, wo wieder ein japanisches Geschwader ständig stationiert werden soll. Sollte diese Konferenz wirklich zustande kommen und auf ihr alle ausstehenden Streitfragen zwischen Japan Mandschukuo und Sowjetrußland auf friedlichem Wege gelöst werden können, so wäre das immerhin ein zu begrüßender Schritt, den Frieden im Fernen Osten zu sichern, denn die ostchinesische Bahn ist in den letzten Jahren eine Quelle steten Streits zwischen Rußland und Mandschukuo, bezw. Rußland und Japan gewesen und verursacht auch heute noch ständige Reibungen.

J. G.

Um die wirtschaftliche Neuordnung der Welt.

Die Väter des Versailler Schandvertrages glaubten, die Völker der Welt für alle Zeiten scheiden zu können: hier Sieger — hier Besiegte, hier Gläubiger — hier Schuldner, hier die Geachteten — dort die Geächteten! Wenn je ein Volk unter der Furchtbarkeit jenes Wortes, das dem gallischen Eroberer von Rom, Brennus (370 v. Chr.) in den Mund gelegt wird: „vae victis!" („Wehe den Besiegten!") gelitten hat, so das deutsche. Hatte noch der Führer der deutschen Waffenstillstandsunterhändler, Erzberger, dem naiven Gedanken gehuldigt, man würde am besten fahren, „wenn wir alles zugeben", d. h. alle Schuld auf uns nehmen würden, so sollte er bereits wenige Minuten nach Entgegennahme der unerbittlich harten Forderungen der Feinde im Walde von Compiègne eines anderen belehrt werden. Die „Friedens"-Bedingungen wurden dem deutschen Volke in gleicher Weise aufgenötigt. Wir kennen den seit 1918 zurückgelegten Leidensweg aus eigenstem Miterleben heraus und wissen jetzt längst, wie schrecklich es ist, in die Hände unbarmherziger Feinde zu fallen. Es ist mittlerweile einer ganzen Welt offenbar geworden, daß weniger die kühle Vernunft noch die kluge Einsicht, als vielmehr die politische Leidenschaft, ja, Haß und Rachsucht die Triebfeder beim Diktat jenes Schmachfriedens bildeten. So konnte denn der große Mißerfolg, der durch dieses Machwerk eingeleiteten politischen und wirtschaftlichen „Neuordnung der Welt" nicht ausbleiben. Die lange Kette der seither abgehaltenen internationalen Konferenzen legt beredtes Zeugnis davon ab, daß die Geeignetheit und Brauchbarkeit des Versailler Dokumentes als Instrument zur Befriedung und Gesundung der Völker, in wachsendem Maße angezweifelt wird. Namentlich sind es die angelsächsischen Völker die immer stärkere Miene machen, die bisherige Grundlage für die Neuordnung der Welt als unzulänglich anzusprechen — natürlich zur großen Beunruhigung der immer noch den reinen Machtstandpunkt vertretenden Franzosen. Statt vieler sei hier nur einer solchen Stimme Raum gegeben. Mrs. Rosita Forbes führte vor einiger Zeit im Daily Herald" folgendes aus: „Clémenceau sagte vor dreizehn Jahren über den Vertrag von Versailles: „Hiermit ist die Grundlage für einen gerechten, dauerhaften Frieden gelegt." Er hatte unrecht. Der Vertrag machte aus Europa einen wüsten Haufen verstümmelter, schwärender Glieder, die von verschiedenen Leibern abgehackt wurden. Solange dieser Vertrag nicht in dem Sinne abgeändert wird, daß die Politik der Rache an einem hilflosen erbitterten Feinde aufhört, solange gibt es keinen dauerhaften Frieden. Die Frage ist jetzt, ob dieser sinnlose Vertrag, der bereits am Tage seiner Unterzeichnung überlebt war, durch einen neuen Krieg besiegelt, ob alles Unrecht Mitteleuropas und des Balkans durch die Hinopferung einer weiteren Generation berichtigt werden soll. Europa ist durch die Friedensverträge zu unnatürlicher Gestalt verschnitten worden. Zwischen Völker gleichen Blutes wurden zwangsweise künstliche Grenzen gelegt. Ungarn leidet unter den Folgen der Abtren-

nung lebenswichtiger Glieder seines Körpers, Deutschland an der Auswirkung des Messerschnitts, den der polnische Korridor darstellt, Südslawien leidet an unverdaubaren Minderheiten. Frankreich steht unter dem Druck der Furcht, das Gewonnene nicht halten zu können. So wird ganz Europa den eingebildeten Erfordernissen der Sicherheit Frankreichs geopfert. Und die Abrüstungskonferenz redet und macht Festessen mit. Ihre endlosen Erörterungen sind an sich Aufreizungen zum Krieg. Die angelsächsischen Völker allein können die Welt vor dem Krieg retten ....

Nachdem die Abrüstungskonferenz in Genf sich seit Monaten damit abmüht, die gegenwärtigen Rüstungsstärken der Siegerstaaten aufrecht zu erhalten und der Forderung Deutschlands auf Gleichberechtigung Hindernisse in den Weg zu legen, ist auf angelsächsische Initiative hin in London die größte Konferenz aller Zeiten, die Weltwirtschaftskonferenz, feierlichst durch den englischen König eröffnet worden. Zwar geht es auf dieser Konferenz im wesentlichen um die wirtschaftliche Neuordnung der Welt, doch darf man sich keinen Augenblick verhehlen, daß die in Genf im Vordergrunde stehenden politischen Zusammenhänge auch in London eine bedeutsame Rolle spielen. Das wird auch schon daran deutlich erkennbar, daß die wichtigsten Persönlichkeiten der Abrüstungskonferenz, z. B. Henderson, auch bereits im Hintergrunde der Weltwirtschaftskonferenz aufgetaucht sind. Ob hier in London nun endlich ehrliches Spiel zur Wiederaufrichtung der Wohlfahrt der Nationen getrieben werden soll, wird man bald sehen. MacDonald, der englische Ministerpräsident und zugleich Konferenzpräsident hat bei seiner Eröffnungsansprache auf den großen Ernst der Weltlage hingewiesen. Er hob die Wichtigkeit internationaler Zusammenarbeit und den hohen Wert einer Einigung für die Heilung der Weltwirtschaft hervor. Die Tatsachen und die Entwicklung der letzten Jahre hätten bewiesen, daß eine rein nationale Wirtschaftspolitik in dieser modernen Welt nicht nur die anderen Nationen, sondern auch die eigenen Staaten in Verarmung bringen würde. Um so näher man dem Ideal einer Wirtschaftseinheit der ganzen Welt komme, um so besser werde es für jeden Staat sein. Der deutsche Vertreter, Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath hat demgegenüber den deutschen Standpunkt klar und unmißverständlich dargelegt. Kurz und bündig hat er herausgestellt, daß internationale Schulden letzten Endes nur durch Waren- und Dienstleistungen abgetragen werden können. Soll Deutschland also in die Lage versetzt werden, seinen Auslandsverpflichtungen privatwirtschaftlicher Art überhaupt nachzukommen, so muß ihm Gelegenheit geboten werden, seine Arbeitserzeugnisse und seine Produkte auszuführen. Erfolgt keine Verständigung über diesen auch von den Wirtschaftssachverständigen der Konferenz aufgenommenen fundamentalen Grundsatz, dann ist an eine Lösung der wirtschaftlichen, insbesondere der handelspolitischen Probleme nicht zu denken. Nach dieser erfrischenden Klarstellung hat Frhr. von Neurath mit großer Freimütigkeit und Offenheit den Finger auf die Hauptwunde am Wirtschaftskörper der Welt, auf die Tatsache der verschleppten Lösung der großen politischen Aufgaben (Genf!) gelegt. Es war in der Tat eine herbe Enttäuschung, daß die großen politischen Probleme vor der Londoner Konferenz nicht mehr gelöst werden konnten. Deutschland hat durch die in aller Welt bewunderte Erklärung seines großen Kanzlers vor dem Reichstag, durch die Zustimmung zu dem Viermächtepakt von Rom, sowie durch Anerkennung des MacDonaldschen Konventionsentwurf als Verhandlungsgrundlage in Genf sichtbare Beweise friedfertiger Einstellung und vertrauensvoller Mitarbeit an der politischen und wirtschaftlichen Neuordnung der Welt geliefert. Wir haben dies getan, obwohl die Anerkennung Deutschlands als gleichberechtigte Großmacht auf dem Gebiete der militärischen Verteidigung zur eigenen Sicherheit immer noch in der Schwebe ist. Der deutsche Vertreter hat mit Recht betont, daß ohne eine Lösung der großen schwebenden politischen Fragen, wobei in erster Linie an Genf zu denken ist, die Beratungen der Weltwirtschaftskonferenz zu keinem befriedigen Ergebnis führen können.

Unser Trost ist und bleibt, daß wir gegenüber den brennenden außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Problemen der Gegenwart, wenigstens als einheitliche und geschlossene deutsche Nation unter starker Führung auftreten. Zu unseren Führern dürfen wir das Vertrauen haben, daß sie keine internationale, wie früher so oft, sondern eine nationale Politik treiben. Der Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit im eigenen Lande zeigt der Welt deutlich genug, daß unsere Führer nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln wissen. Ueber uns werden sich die 65 in London versammelten Staaten der Erde inzwischen klar geworden sein: eine wirtschaftliche Neuordnung der Welt ist ohne gleichberechtigte Beteiligung Deutschlands auf allen Gebieten schlechterdings unmöglich!

J. E.-K.

Der neue Steuerabzug

Da das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit die bisherigen Einkommensteuerbestimungen in wesentlichen Punkten abgeändert hat, so benutzt der Reichsfinanzminister die Gelegenheit, um völlig neue Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn zu erlassen. Die bisherigen Durchführungsbestimmungen vom 5. September 1925 werden gleichzeitig außer Kraft gesetzt. Die neue Verordnung tritt mit dem 1. Juli 1933 in Kraft. Sie ist zum erstenmal auf den Arbeitslohn anzuwenden, der für eine nach dem 30. Juni erfolgende Dienstleistung gezahlt wird.

Der steuerfreie Lohnbetrag ist wie bisher auf 60 RM im Monat, die zulässigen Werbungskosten auf 20 RM und die für Sonderleistungen gleichfalls auf 20 RM festgesetzt, auch die Freibeträge, die bei Lohnzahlung für Wochen, Tage oder Stunden gelten, sind die gleichen geblieben. Für jedes minderjährige Kind und jede zur Haushaltung zählende Hausgehilfin vermindert sich außerdem der Arbeitslohn um 10 v. H. Mindestens aber bleiben für die Ehefrau und für das erste Kind oder eine Hausgehilfin je 10 RM monatlich frei, für das zweite Kind oder eine Hausgehilfin 20 RM, für das dritte Kind oder eine Hausgehilfin 40 RM, für das vierte Kind oder eine Hausgehilfin 60 RM und für das fünfte und jedes folgende Kind oder eine Hausgehilfin 80 RM monatlich oder entsprechende Beträge für Wochen oder Tage. Mehr als drei gleichzeitig zur Haushaltung zählende Hausgehilfinnen werden nicht gerechnet. Welche Berechnungsweise zu wählen ist, richtet sich danach, auf welche Weise sich die niedrigere Steuer ergibt. Es ist aber nicht zulässig, für einzelne Familienangehörige oder Hausgehilfinnen 10 v. H. des Arbeitslohnes und für die übrigen die festen Beträge steuerfrei zu lassen.

Weiter ist hervorzuheben, daß sowohl Arbeitslohn wie Steuerbetrag nach unten abgerundet werden und daß bei Arbeitnehmern, bei denen für Familienangehörige oder Hausgehilfinnen Beträge steuerfrei bleiben, noch ein Abschlag von 25 v. H. zu machen ist. Der Abschlag beträgt allerdings höchstens 3 RM monatlich oder entsprechende Summen bei Wochen- oder Tageszahlungen. Wichtig ist ferner, daß der Steuerbetrag nicht erhoben wird, wenn er 1 RM bei monatlicher Zahlung oder 0,25 RM bei Wochenzahlung des Arbeitslohns nicht übersteigt. Für Kurzarbeiter oder in Fällen von Krankheit wird die Ermäßigung künftig für den ganzen Lohnzahlungs-Zeitraum berechnet.

Die Verordnung umschreibt auch den Begriff der Hausgehilfin genauer. Sie muß ein weiblicher Arbeitnehmer sein, häusliche Arbeiten gewöhnlicher Art gegen Lohn verrichten und in die häusliche Gemeinschaft ihres Arbeitgebers aufgenommen sein. Ihre Tätigkeit muß der einer Arbeiterin ähneln, nicht der einer Angestellten und geeignet sein, einen Haushalt in Gang zu halten. Erzieherinnen und Gesellschafterinnen sind z. B. keine Hausgehilfinnen, ebenso nicht Aufwärterinnen, Waschfrauen usw., die nur für einzelne Tage oder Stunden angenommen werden.

Erwähnt sei ferner noch, wie bei einer Aenderung der Zahl der Hausgehilfinnen zu verfahren ist. Bei Vermehrung dieser Zahl hat die Behörde, die die Steuerkarte ausgestellt hat, auf Antrag eine Ergänzung der Steuerkarte vorzunehmen. Der Nachweis kann z. B. durch Vorlegung der polizeilichen Anmeldung oder der letzten Quittung der Krankenkasse geführt werden. Der Anspruch auf die Ermäßigung für eine Hausgehilfin fällt fort, wenn die Hausgehilfin entlassen und nicht innerhalb eines Monats eine andere eingestellt wird. Eventuell ist die Steuerkarte von der Behörde zu berichtigen, der Arbeitnehmer ist verpflichtet, die Berichtigung zu beantragen.

Gleichzeitig hat der Reichsfinanzminister eine Durchführungsverordnung über die Ehestandshilfe der Lohn- und Gehaltsempfänger erlassen, die sofort in Kraft tritt. Sie ersetzt den bisherigen Ledigenzuschlag zur Lohnsteuer. Als ledig gelten die Personen, die nicht verheiratet sind, sowie verwitwete oder geschiedene Personen, vorausgesetzt, daß aus ihrer Ehe Kinder nicht hervorgegangen sind. Die Ehestandshilfe wird daher nicht erhoben, wenn aus der Ehe Kinder hervorgegangen sind, gleichgültig, ob die Kinder minderjährig oder volljährig sind ob sie zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählen oder ob sie bereits verstorben sind. Hausgehilfinnen gelten nicht als Kinder. Ledig sind Männer auch dann, wenn ihnen Ermäßigungen für uneheliche Kinder gewährt werden.

Die Ehestandshilfe wird vom Bruttoarbeitslohn ohne Berücksichtigung der lohnsteuerfreien Beträge berechnet. Bei einem ledigen Lohnempfänger, der seine Bezüge monatlich im Voraus erhält, unterliegen die Bezüge, die Ende Juni für den Monat Juli ausgezahlt werden, bereits der Ehestandshilfe. Bei nachträglicher Monatszahlung unterliegen die für den Monat Juni bezahlten Bezüge noch nicht der Ehestandshilfe. Stichtag ist auf jeden Fall der 30. Juni. Der Ehestandshilfe unterliegt der Arbeitslohn nicht, wenn er nicht 75 RM monatlich oder entsprechende Summen bei Zahlung für kürzere Zeiträume erreicht. Steuerfrei bleiben auch Gebührnisse, Kriegsbeschädigtenrenten usw., die einkommensteuerfrei sind. Ferner sind von der Ehestandshilfe befreit die Mütter von unehelichen Kindern, denen für diese Kinder eine Einkommensteuerermäßigung zusteht, ferner Personen, denen für Adoptiv- oder Pflegekinder Ermäßigung zustehen, Personen, die zum Unterhalt ihrer geschiedenen Ehefrau oder ihres geschiedenen Ehemannes, ihrer bedürftigen Eltern seit einem Jahr mindestens ein Sechstel ihres Einkommens aufwenden, ferner verwitwete Steuerpflichtige, die Kinder des verstorbenen Ehegatten unterhalten, und schließlich Personen über 55 Jahren.

Die Steuer beträgt 2 bis 5 v. H. des Arbeitslohns, die niedrigste Klasse wird gebildet von denen, die 75—150 RM monatlich beziehen, 3 v. H. sind zu zahlen bei 150—300 RM Monatsgehalt, 4 v. H. bei 300—500 RM Monatsgehalt und 5 v. H. bei Gehältern, die darüber liegen. Auch die Ehestandshilfe wird vom Arbeitgeber einbehalten.

Amerikas Währungsvorschlag

Im Unterausschuß des Finanzausschusses der Weltwirtschaftskonferenz wurde eine amerikanische Erklärung zur Währungspolitik eingebracht. Sie regt an, daß Gold und Goldbarren aus dem Umlauf gezogen werden sollen und eine einheitliche legale Golddeckung unter dem gegenwärtigen Niveau eingeführt werden soll.

Ferner sollte versucht werden, eine Uebereinkunft zu erzielen, um die Wertminderung der Silbermünzen zu verhindern und Silber zu remonetisieren. Den Zentralbanken soll empfohlen werden, von der gesamten Metalldeckung 60 v. H. in Gold und die restlichen 20 v. H. nach freiem Ermessen entweder in Gold oder Silber zu halten.

Trinkt Kathreiner,
Dann wird Galle gesund!

5. Bundestagung der Mädchenbibelkreise

Pfingsten 1933 in Wernigerode.

Durch die Bibelkreise der Mädchen und Jungen geht vor Pfingsten ein großes Rüsten und Vorbereiten. Die Reichstagungen sollen jeden Bund zusammenführen.

Am Sonnabend vor Pfingsten begegnen sich die BKler und BKlerinnen auf dem Wege nach Bielefeld und nach Wernigerode. Aus allen Gegenden Deutschlands kommen sie zusammen, aus Süddeutschland sowohl wie aus Ostpreußen, ja sogar aus Riga. Einige Gaue haben durch gemeinsame Autobusfahrten die Reise verbilligt. Es sollen ja soviele wie nur irgendmöglich an dieser Tagung teilnehmen, denn es geht um das größte: um den Zusammenschluß unter dem Wort Gottes zu einer Missionsgemeinde.

Am Sonnabend abend sind 1200 Teilnehmer in dem herrlichen Wernigerode angelangt, das als Tagungsort eine ganz besondere Eignung hat. Der Tagungsraum ist das Kurhaus. Im großen Saal versammeln wir uns alle zur Begrüßungsfeier. Der Saal ist mit Birkenlaub und Blumen und Fahnen festlich geschmückt. In großer Schrift ist das Wort angebracht, das über der ganzen Tagung stehen soll: Land, Land, Land, höre des Herrn Wort. Es begrüßt uns die Stadt und die Kirche, die Mission und verschiedene Gaue des Reiches, besonders der Osten. Dann spricht Herr Pastor Lic. Brandt, Leipzig, der vor kurzem zum 1. Vorsitzenden der MBK ernannt worden ist über das Thema: Warum Mission? Die Tagung soll ja vor allen Dingen Missionstagung sein.

Am andern Morgen, am ersten Pfingsttag, stehen wir früh und fröhlich auf. Die Sonne lacht vom strahlend blauen Himmel und die Erwartungen des Tages lassen uns nicht mehr ruhen. Nach dem Frühstück marschieren wir singend zum Kurhaus, treffen uns dort mit allen und gehen in geschlossenem Zuge zur Liebfrauenkirche. Um 8 Uhr beginnt unser Festgottesdienst. Die Kirche ist reich geschmückt. Vor dem Altar marschieren die Wimpelträgerinnen auf. Es ist ein ganz besonderer Gottesdienst, denn Jugend aus dem ganzen Vaterlande tritt vor Gott hin und bittet um das höchste: Komm, heiliger Geist, Herre Gott. Wir hören das ernste Wort aus Luk. 12, 49—53: „Ich bin gekommen, daß ich ein Feuer anzünde auf Erden, was wollte ich lieber, denn es brennete schon?" und dann das Wort: Meinet ihr, daß ich hergekommen bin, Frieden zu bringen auf Erden? Ich sage nein, sondern Zwietracht."

Nach dem Gottesdienst sammeln wir uns im Garten des Kurhotels zum gemeinsamen Singen. Um ½11 Uhr wandern die Jüngeren hinaus zur Silbertanne und hören den „Ruf der Jugend an unsere Zeit", von der Sekretärin von Mecklenburg. Zu den Aelteren spricht Nelly Lutz über das Thema: „Christus oder Christentum?"

Die folgende Aussprache zeigt, wie sehr jeder sich im Leben gerade mit dieser Frage auseinander zu setzen hat.

Um ein Uhr wird draußen im Garten gegessen und dann gehen wir allein oder in Gruppen in den herrlichen Wald und ruhen aus und atmen die wunderbare Harzluft ein.

Am Nachmittag spricht Gräfin Elli Lüttichau zu uns. Wie gespannt sind wir darauf, sie reden zu hören. Sieben Jahre hat sie mit Hildegard Spengler in Hochow in West-China auf einsamem Vorposten gestanden, und nun sind beide im März zur Erholung in die Heimat zurückgekehrt. Sie reden zu hören, ist uns ja auf dieser Tagung das Wichtigste, denn die Verbindung mit ihnen soll neu gefestigt werden, damit wir wieder mit neuer Kraft und neuem Eifer hinter ihnen stehen können.

Gräfin Elli Lüttichau spricht zu uns über das Thema: Das Gesicht Chinas. Sie zeigt uns in lebendigen Worten die Macht der Tradition in China und demgegenüber die große Kulturkrise, in die das ganze Volk geraten ist. Sie fordert uns auf, die Not des chinesischen Volkes persönlich mitzutragen.

Gerade zur Bundestagung kommt ein Brief aus Hochow von den beiden anderen Missionarinnen, Johanna Lorch und Ursula von Reißwitz, die auf der 4. Bundestagung in Kassel abgeordnet wurden. Sie berichten von der ersten Tauffeier draußen nach langer, langer Arbeit.

Nach dem Abendbrot sammeln wir uns noch einmal in der Kirche zu einer schlichten Abendfeier.

Am 2. Pfingsttag hören wir Hildegard Spengler. Sie spricht über „Gottes Wirken in China". Es ist etwas Großes, wie bei so viel Enttäuschung und Scheinfrucht die Missionarinnen doch immer Gottes Wirken erleben. Wir aber wollen den Herrn bitten, daß er Arbeiter sende in seinen Weinberg und selbst auch seinen Ruf zur Mitarbeit daheim oder draußen hören.

Ueber „Gegenwartsaufgaben des Bundes" spricht unser Reichswart Anna Lawton.

In der Mittagszeit besichtigen wir in verschiedenen Gruppen die schöne alte Stadt oder das Schloß, das Wahrzeichen der Stadt.

Nachmittags spricht Frau Pastor Muntschick zu den Jüngeren über „Entscheidung", denn vor eine solche wird jetzt jede besonders von den jüngeren BKlerinnen gestellt.

Elisabeth Brandt-Spengler spricht mit den Aelteren über „Erweckung". Es trifft uns alle der Ruf von Eph. 5 Vers 14: „Wache auf, der du schläfst!" Diese Erweckung ist nicht gleichbedeutend mit dem nationalen Erwachen, sondern sie beginnt bei einem Menschen in der Stille im Bußkampf und wird durch Gott zu einer Bußbewegung. Der Ruf Christi muß weitergetragen werden.

Wir wissen, daß die Erweckung nur in der Rechtfertigung erlebt werden kann, und diese Rechtfertigung kommt nie aus der Ebene völkischen Erwachens.

Die Konferenz in London

Schematische Zollherabsetzung unmöglich

Die Weltwirtschaftskonferenz hat ihre praktische Arbeit mit einer Sitzung des Ausschusses für monetäre Fragen unter dem Vorsitz des amerikanischen Delegierten Cox begonnen. Gleichzeitig tagte auch der Ausschuß für Wirtschaftsfragen unter dem Vorsitz des holländischen Ministerpräsidenten Colijn.

Die Desavouierung des von dem amerikanischen Sachverständigen ausgearbeiteten Plans einer 10prozentigen Senkung der Zolltarife, wie sie darin zum Ausdruck kommt, daß nachträglich eine feine Unterscheidung zwischen der amerikanischen Delegation und den verantwortlichen Behörden in Washington gemacht worden ist, erregte in London keine besondere Enttäuschung, da man der Meinung ist, daß dieser Plan einer schematischen Zollherabsetzung für Großbritannien und viele andere Länder unannehmbar gewesen wäre.

Der Plan wird mit der Methode eines Arztes verglichen, der alle seine Patienten, gleichviel woran sie leiden, derselben Behandlung unterziehen würde.

Der deutsche Standpunkt in dieser Frage wurde bereits im April anläßlich der Anwesenheit Norman Davis' in Berlin dahin zum Ausdruck gebracht, daß zunächst die Währungen wieder in Ordnung gebracht und die normalen Funktionen des internationalen Geld- und Kapitalverkehrs gesichert sein müssen, ehe etwas zur Beseitigung der Handelshemmnisse getan werden kann.

Sodann wird man zwischen Industrie- und Landwirtschaftszöllen unterscheiden müssen. Im ersten Fall wird nicht ein schematischer prozentualer Abschlag von den gegenwärtigen Zöllen, sondern ein Ausgleich der allgemeinen Zollhöhe in den maßgebenden Ländern das Ziel sein müssen. Die landwirtschaftlichen Schutzmaßnahmen, so wurde damals erklärt, werden so lange aufrechterhalten werden müssen, als die Unordnung auf dem Weltmarkt infolge der Ueberproduktion in den landwirtschaftlichen Exportländern andauert.

Der amerikanische Vorschlag, ob er nun von dem Weißen Haus oder zunächst nur von der Delegation in London verantwortlich eingebracht wurde, versucht zweifellos die Londoner Konferenz zu greifbaren Ergebnissen zu bringen; im Laufe der Aussprache, die sich darüber entwickeln wird, werden aber auch die Amerikaner erkennen, daß diese schematische Maßnahme nichts zur Ueberwindung der Krise beitragen, sondern im Gegenteil alle bestehenden Mißverhältnisse des internationalen Wirtschaftslebens geradezu sanktionieren würde.

Was die Währungsstabilisierung betrifft, hat die Nachricht, nach der Präsident Roosevelt dem von den Finanzsachverständigen Englands, Amerikas und Frankreichs ausgearbeiteten Plan einer vorläufigen Währungsstabilisierung seine Zustimmung verweigert, die Hoffnung, daß noch irgendeine Vereinbarung zustande kommen wird, keineswegs zerstört.

Dr. Sprague, der finanzielle Berater der amerikanischen Regierung, hat die Ueberzeugung ausgedrückt, daß in weniger als zwei Wochen eine Einigung erreicht sein dürfte. Im Zusammenhang mit dieser Frage wird der Abreise des Gouverneurs der Neuyorker Bundes-Reserve-Bank, Harrison, nach Amerika und ganz besonders der Anfang nächster Woche erwarteten Ankunft des Vertrauensmannes des Präsidenten Roosevelt, des Professors Raymond Moley, große Bedeutung beigemessen. Man glaubt, daß Prof. Moley genauere Kenntnis über die von Roosevelt geplante künftige amerikanische Geldpolitik besitzt, als die Londoner Delegation.

Abreise aus Genf

Protest der deutschen Arbeits-Delegation

Dem Präsidenten der 17. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz haben der deutsche Regierungsvertreter, der deutsche Arbeitgebervertreter und der deutsche Arbeitnehmervertreter folgende Erklärung übergeben:

Zu Beginn der Konferenz sind in einer Gruppensitzung der Arbeitnehmer überaus schwere Beleidigungen gegen Deutschland und seine Delegierten gefallen. Diese sind, wie nun in aller Deutlichkeit gesagt werden muß, von dem Vorsitzenden der Gruppe trotz der Bitte um Zurückweisung und um Schutz der deutschen Interessen bis jetzt nicht zurückgewiesen worden.

Anschließend daran brachten Genfer Zeitungen Aeußerungen, die der deutsche Arbeitnehmervertreter, Herr Dr. Ley, auf einer Pressebesprechung getan haben soll. Herr Dr. Ley hat alle ihm unterstellten Aeußerungen entschieden in Abrede gestellt und öffentlich dementiert. Darüber hinaus ist von den maßgebenden deutschen Stellen erklärt worden, daß Deutschland größten Wert lege auf freundschaftliche Beziehungen zur Bevölkerung aller Länder, insbesondere auch zu den südamerikanischen Staaten.

Dessen ungeachtet wurde auf sogenannten offiziösen Tagungen der Arbeitnehmergruppe der Konferenz, zu denen man den deutschen Delegierten den Zutritt brüsk verweigerte, der abgetane Vorfall wiederholt besprochen und alsdann von dem Vorsitzenden dieser Gruppe öffentlich behandelt. Diese sogenannten offiziösen Tagungen sind durch Verlautbarungen in den amtlichen Drucksachen der Konferenz zustande gekommen, obwohl wir gegen den nicht korrekten Vorgang zu verschiedenen Malen, leider vergeblich, an zuständiger Stelle Einspruch erhoben haben.

Wir erblicken in den bezeichneten Vorfällen eine schwere Beleidigung der deutschen Abordnung in ihrer Gesamtheit. Angesichts dieser Sachlage sieht sich die deutsche Delegation gezwungen, die Konferenz zu verlassen. Sie bedauert lebhaft an der sachlichen Arbeit, zu der sie sich wiederholt und eindeutig bereit erklärt hat, solange verhindert zu sein, als den deutschen Forderungen nicht Genüge getan und den berechtigten deutschen Beschwerden nicht abgeholfen worden ist.

Gömbös befriedigt

Ungarns Ministerpräsident über den Besuch in Berlin.

Der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös in Berlin hat auch im Auslande starke Beachtung gefunden. Wenn dabei der Aussprache des Ministerpräsidenten Gömbös mit Reichskanzler Hitler politische Bedeutung beigelegt wird, so ist das zweifellos zutreffend. Ministerpräsident Gömbös selbst hat erklärt, daß das Ziel seiner Reise nach Berlin in erster Linie ein wirtschaftspolitisches war.

Es wäre also verfehlt, wollte man nur von einem Höflichkeitsbesuch sprechen. Dagegen entbehren die im Ausland kursierenden Gerüchte, die von einer Vermittlung des ungarischen Ministerpräsidenten zwischen Wien und Berlin wissen wollen, jeder Begründung. Dafür ist auch ein schlüssiger Beweis, daß Gömbös, der über Wien nach Budapest zurückkehrte, in der österreichischen Bundeshauptstadt keine Zusammenkunft mit Bundeskanzler Dr. Dollfuß gehabt hat, wie denn auch zum Empfang von Gömbös kein Mitglied der österreichischen Regierung auf dem Bahnhof erschienen war.

Ueber seine Eindrücke in Deutschland befragt, hat der ungarische Ministerpräsident erklärt, er könne nach seinen Erfahrungen in Berlin und in Erfurt nur sagen, daß man, was Deutschland anlange, vor einem Schulbeispiel stehe, wie wenig man von unobjektiven Informationen ausgehen dürfe. Auch Ungarns Sache sei 1919 vom Ausland ähnlich falsch behandelt worden wie die deutsche nationale Revolution, und wieviel verkehrte Dinge habe man anfangs vom Faschismus erzählt.

Für die Ordnung und Ruhe, die in Deutschland herrschen, fand Ministerpräsident Gömbös sehr anerkennende Worte, denen er hinzufügte, daß sein Besuch ihm die Ueberzeugung gegeben habe, der Weg, den er verfolge, sei der richtige.

Im übrigen erklärte Ministerpräsident Gömbös noch: Es gereicht mir zur großen Genugtuung, daß ich beim Reichskanzler ein weitgehendes Verständnis für die wirtschaftlichen Bedürfnisse Ungarns gefunden habe, **und ich zweifle nicht, daß die noch zu treffenden Abmachungen für die gesamte mitteldeutsche Wirtschaftsregelung von weittragender Bedeutung sein werden.**

Regierungswahl in Danzig

Hinzuziehung der DNVP gescheitert

Der Danziger Volkstag wird am heutigen Dienstag die Neuwahl des Senats vornehmen. Nachdem die Verhandlungen über die Hinzuziehung der Deutschnationalen gescheitert sind, wird die neue Regierung aus Nationalsozialisten und zwei Zentrumssenatoren bestehen. Ueber die Zusammensetzung der neuen Regierung macht die Gaupressestelle der NSDAP. in Danzig folgende Angaben:

Präsident und Chef der auswärtigen Abteilung sowie der Personalabteilung: Dr. Rauschning (NSDAP.), **Vorläufiger Vizepräsident und Innensenator:** Greiser (NSDAP.), **Kultussenator:** Boeck (NSDAP.), Senator für die **Betriebe:** Diplomingenieur Huth (NSDAP.), **Finanzsenator:** Dr. Hoppenrath (unpolitischer Fachsenator), Senator für **Bauwesen:** Professor Hoepfner (NSDAP.), Senator für **Volksgesundheit:** Medizinalrat Dr. Kluck (NSDAP.), **Justizsenator:** Dr. Wiercinski-Keiser (Zentrum), Senatoren zur besonderen Verwendung: von **Enuck** (NSDAP.), und Prälat Sawatzki (Zentrum).

„Der 12. Senator", so heißt es in der parteiamtlichen Mitteilung weiter, „wird durch einen deutschnationalen Vertreter gestellt werden, der sich aber inzwischen infolge des unverständlichen Verhaltens seiner Partei gezwungen gesehen hat, seinen Bund zur DNVP. zu lösen."

Es handelt sich hier um den Abgeordneten Bertling, der auf Grund der letzten Vorgänge zur NSDAP. übergetreten ist. Die Deutschnationalen sind damit im Volkstag in Zukunft nur noch durch Abgeordnete vertreten.

Das neue Präsidium des Danziger Volkstages wird sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammensetzen: Präsident: von Enuck (NSDAP.), 1. Vizepräsident: Pelplinkus (Zentrum), 2. Vizepräsident: Batzer (NSDAP.).

Nach der Neuwahl der Regierung wird sich der Volkstag auf Freitag vertagen und dann seine Verhandlungen mit der Entgegennahme der Regierungserklärung fortsetzen. Anschließend wird der Volkstag ein umfangreiches Ermächtigungsgesetz verabschieden, das der neuen Regierung freie Hand zur Durchführung ihres Wirtschaftsprogramms gibt. Das Ermächtigungsgesetz trägt nicht verfassungsändernden Charakter.

Zu dem Scheitern der Verhandlungen zwischen der NSDAP. und den Deutschnationalen veröffentlicht die NSDAP. eine Erklärung, in der u. a. gesagt wird:

Die NSDAP. beabsichtigte nicht, eine ausgesprochene Koalition einzugehen, sondern wollte nur in den nationalsozialistisch geführten Senat eine Anzahl von Persönlichkeiten der anderen Parteien hineinnehmen, die durch gegenseitiges Verstehen eine Verbindung gewährleisten könnten.

Erfreulicherweise gelang es, hinsichtlich des Zentrums eine Einigung zu erzielen. Besondere Bedingungen wurden dabei nicht gestellt.

Bei den Verhandlungen mit der Deutschnationalen Partei war es dagegen notwendig, einige Wünsche zu äußern, um die immer noch bestehende Kampfsituation aus der Wahlzeit her zu bereinigen. Leider fanden die an sich vom Standpunkte der NSDAP. selbstverständlichen und berechtigten Wünsche bei der Deutschnationalen Partei kein Entgegenkommen. Es ist demnach nicht die Schuld der NSDAP., wenn abermals durch eine wenig elastische Führung der Deutschnationalen Partei die Verständigung mißglückte und für den Wiederaufbau Danzigs wertvolle Kräfte außerhalb einer geschlossenen Front bleiben müssen."

Gründung des schlesischen Bauernstandes. Im festlich geschmückten Saal des Breslauer Konzerthauses wurde die Gründung des schlesischen Bauernstandes feierlich vollzogen. Unter stürmischem Beifall der Anwesenden bestimmte Reichsbauernführer Walter Darré den Freiherrn von Reibnitz zum Landesbauernführer Schlesiens.

Ein Volk aber, das kein völkisches Erleben hat, kann auf die Dauer keine Volkskirche haben. Die Erweckung geschieht von Gott her und muß an uns immer wieder neu geschehen. Wir müssen immer wieder bitten: Wecke mich vom Sündenschlaf, der du bist das Leben.

Am Abend ziehen wir geschlossen durch Wernigerode zur Schloßterrasse hinauf. Dort oben singen wir viele Lieder ins wunderbare Land hinein. In diesem Singen schließen wir uns alle zu einem einmütigen Lobe Gottes zusammen. In ganz besonderer Liebe gedenken wir in dieser Stunde unseres Volkes und stellen uns mit ganzem Ja in das neue Reich hinein. Wir bringen unserem verehrten Reichspräsidenten und unserm jungen Volkskanzler ein dreifaches „Hurra" und singen mit erhobener Hand das Deutschlandlied.

Wir ziehen dann geschlossen in den Kurpark, wo unsere Kundgebung stattfindet. Lic. Brandt spricht zu den Wernigeroder Bürgern, die uns so gastfrei aufgenommen haben, und zu uns über das Lied: „Ein feste Burg ist unser Gott", das wir dann gemeinsam singen.

Und nun kommt nur zu schnell der letzte Tag der großen Tagung heran. Nach der Morgenfeier hören wir Lic. Hans Brandenburg, der im Dienst der Berliner Stadtmission steht. Bei seinen Worten geht uns der Zusammenhang von innerer und äußerer Mission auf. Die innere Mission lernt von der äußeren und durch ihr Wachstum kann der Dienst draußen wieder neu gestärkt werden.

Mit lebendigen Worten stellt er uns einzelne Bilder aus dem Kampf um die Großstadt vor Augen. Und es ist die große Einsamkeit des Großstadtbewohners, von der wir ganz besonders hören. An uns ergeht der Aufruf: Suchet der Stadt Bestes und opfert für sie.

Es folgen nach diesem Referat noch einige Schlußworte und Bekanntmachungen, unter anderen auch über die Kluft, die eingeführt werden soll. Eine besonders erfreuliche Bekanntmachung ist das Ergebnis der Sammlungen während der Tagung für unsere Missionarinnen, für die Berliner Stadtmission und für die Mission „Licht im Osten".

Ein eigenartiges Gefühl ist es, als es heißt: „Die Bundestagung der MBK ist zu Ende." Aber die Tagung der 1200 ist im Bilde festgehalten u. wir hoffen, daß wir im Winter alle unseren ersten MBK-Film zu sehen bekommen. Jetzt aber wollen wir ins Leben zurück, wo viele Menschen auf uns warten, denen wir von dem, was wir empfangen, weitergeben wollen.

Ein ganz besonderes Geschenk ist es gewesen, daß die Tagung zur Zeit der Neugestaltung der Kirche stattgefunden hat. Gerade bei solch einem großen Treffen spürt man ganz besonders stark die Verantwortung der Stunde. Wir als MBK-Bewegung wissen, daß wir keine Sondergröße sein wollen, sondern wir stellen uns mit ganzem Herzen in die Kirche hinein und hinter unsern Reichsbischof mit dem Bewußtsein, daß die Neugestaltung der Kirche nicht allein eine Frage der Organisation ist, sondern daß alles davon abhängt, daß in einem jeden Glied der Kirche Christus Gestalt gewinnt und Gott der Gemeinde ein neues Pfingsten schenkt.

K. Kg.

Seilers Kantaten im Rundfunk.

Im Verlag der Buchhandlung Bethel sind von J. P. Seiler, dem Musikleiter der Anstalt Bethel, zwei Kantaten erschienen, die der Westdeutsche Rundfunk, Köln-Langenberg im Rahmen der „Evangelischen Sonntag-Morgenfeiern" zur Sendung angenommen hat. Die Reformationskantate, 1929 erschienen, ist ein halbstündiges Werk für Soli, Chor und Orchester (auch mit Orgel allein gut ausführbar). Die Kantate „Selig sind die Barmherzigen", 1931 zur Hundertjahrfeier Vater Bodelschwinghs uraufgeführt ist für gemischten a capella-Chor, 3-stimmigen Frauenchor und Sopransolo mit Orgelbegleitung gesetzt. Dauer ebenfalls eine halbe Stunde. Beide Werke zeichnen sich, wie die Fachkritik hervorhebt, durch guten poliphonen Satz aus, verwenden textlich ausschließlich Bibelwort und Kirchenlied und sind bei aller künstlerischen Gediegenheit verhältnismäßig leicht ausführbar, so daß auch kleinere Chöre, die geübt sind, sie erfolgreich studieren können. Der Verlag Bethel verfügt nur noch über einen kleinen Bestand beider Werke und es ist zu empfehlen, etwaige Bestellungn bald zu machen, um evtl. rechtzeitig eine Neuauflage veranlassen zu können. Die Partitur zu „Selig sind die Barmherzigen" ist zu —,80 und der Klavierauszug zur „Reformationskantate" zu 2,50 Mark durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld zu beziehen.

Hinweis.

„Lebens- und Weltanschauung." Beiträge zu geistiger Lebensgestaltung und Weltschau von Denkern aller Zeiten. Herausgeber Prof. D. Dr. E. Dennert und Dr. W. Dennert. Verlag „Leben und Weltanschauung", Bad Godesberg. Preis vierteljährlich 1,60 *RM.* — Wenn eine Zeitschrift wie diese heutzutage im 8. Jahrgang steht, so ist dies schon Empfehlung genug. Sie hat in der Tat schon vielen zur Vertiefung ihrer Welt- und Lebensanschauung gedient. Ihre Eigenart ist, daß sie nur Bestes aus Werken aller Zeiten bringt. Vor uns liegt das letzte Vierteljahr des laufenden Jahrgangs, das wieder sehr reichhaltig ist. Wir nennen aus dem Inhalt: E. Dennert „Karfreitag und Ostern vor 1900 Jahren", L. Mograni „Mahatma Gandhi", M. Cöppius „Beginn der Willensbildung", J. B. Schairer „Positives Christentum", zum Gedächtnis von Kierkegaard und Brahms; sehr bedeutsam ist die Artikelserie „Von der deutschen Sehnsucht" (Arndt, Görres, Geibel, de Lagarde, Möller van den Bruck, Hitler, Fichte) sowie die Berichte über „Geistige Strömungen". Wir empfehlen die Zeitschrift sehr und bitten, das Bestellinserat in dieser Nummer zu benutzen.

Erlaß über Beförderungen

Verfügung des preußischen Justizministers.

Der preußische Justizminister veröffentlicht folgende allgemeine Verfügung, die er an die Unterbehörden seines Geschäftsbereiches gerichtet hat:

Die NSDAP. als Trägerin der nationalsozialistischen Erhebung verlangt von ihren Mitgliedern, daß diese als wahre Kämpfer in ihrem Kampfe nicht an sich, sondern an das Volksganze denken.

In Fällen, in denen eine Beförderung eines führenden Mitgliedes der NSDAP. oder eine für diesen vorteilhafte Versetzung oder sonstige Vergünstigung in Frage kommt, ist besonders zu prüfen, ob diese Beförderung oder sonstige Vergünstigung nicht dem Grundsatze, daß der Kämpfer zuletzt an sich denkt, zuwiderläuft. Jedenfalls muß es vollkommen ausgeschlossen sein, daß lediglich die Zugehörigkeit zur NSDAP. oder einer ihrer Formationen eine Beförderung oder sonstige Vergünstigung für den in Frage kommenden Beamten nach sich zieht.

Reichsstand der Deutschen Industrie

Berlin, 20. Juni.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände haben sich zum Reichsstand der Deutschen Industrie zusammengeschlossen und dem Reichskanzler durch die beiden bisherigen Vorsitzenden eine entsprechende Erklärung übermittelt.

Gleichschaltung der Aufsichtsräte

Berlin, 20. Juni.

Im Reichsgesetzblatt ist ein Gesetz vom 15. Juni 1933 zur Gleichschaltung der Aufsichtsräte von Körperschaften des öffentlichen Rechts enthalten.

Auf Grund dieses Gesetzes können Reich, Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) sowie sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts Personen, die auf ihre Veranlassung zu Mitgliedern eines Aufsichtsrates oder ähnlichen Organes von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie diesen gleichgestellten Einrichtungen und Unternehmungen bestellt worden sind, abberufen und gegebenenfalls durch andere Personen ersetzen, ohne daß es einer Beschlußfassung des nach Gesetz oder Satzung hierfür zuständigen Organs bedarf.

Die erwähnte Abberufung und Ersetzung muß bis spätestens zum 30. September 1933 erfolgt sein.

Für Hindenburg und Hitler

Ansprache des Reichsministers Seldte in Fehrbellin.

Bei den Feiern aus Anlaß des 258. Jahrestags der Schlacht bei Fehrbellin hielt Reichsminister Seldte eine Ansprache, in der er einen geschichtlichen Rückblick über den Sieg von Fehrbellin als die Krönung einer 25jährigen planmäßigen Aufbauarbeit des Großen Kurfürsten gab. Der Stahlhelm fühle sich als Erbe der Fehrbelliner Tradition.

Er sei nicht reaktionär, sondern er wolle den Geist der Treue hochhalten, seine Kräfte für Hindenburg und Hitler einsetzen, um so mehr als mit der jetzigen Regierungs- und Staatsform ein Vorziel des Stahlhelm, nämlich die Verwirklichung der Volksgemeinschaft und der Durchbruch der soldatischen Idee, erreicht sei.

Landesführer von Morozowicz erklärte, auch der Stahlhelm habe sich ein Recht an dem neuen Staat erkämpft.

Mit einem Vorbeimarsch der Formationen fand die Feier der Wiederkehr des Tages von Fehrbellin ihren Abschluß.

Neue Parteileitung der SPD

Berlin, 20. Juni.

In einer gemeinsamen Sitzung der erweiterten Parteileitung der SPD. zusammen mit den Vorständen der Fraktionen der Partei im Reichstag und im Preußischen Landtag wurde die Führung der Parteigeschäfte den Mitgliedern Westphal, Stelling, Rinner und Künstler übertragen unter Hinzuziehung der Fraktionsvorsitzenden Löbe und Szillat.

Die Beschlüsse der Fraktionen im Reichstag und im Landtag über das Verbleiben des Sitzes der Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie in Deutschland wurden bestätigt.

Die Frage des Ausschlusses der ins Ausland geflüchteten früheren Vorstandsmitglieder aus der Partei ist bisher nicht erörtert worden; es bleibt abzuwarten, ob der neugewählte provisorische Parteivorstand von sich aus eine solche Maßnahme ergreifen wird.

Neue Reichswehr-Uniform

Feldbluse und Schnürstiefel.

Nach langjährigen, nunmehr abgeschlossenen Versuchen kommt bei den berittenen und unberittenen Truppen des Reichsheeres ein neuer Feldanzug zur Einführung. An die Stelle des bisherigen Dienstrockes tritt die Feldbluse, an die des Marsch- bzw. Reitstiefels der Schnürstiefel. Ferner wird ein Hemd gerippter Wirkart getragen werden.

Die neue Feldbluse ist aus feldgrauem Tuch mit Schulterklappen, fünf Vorderknöpfen, je zwei aufgesetzten Brust- und Seitentaschen, Kragen mit einknöpfbarer Kragenbinde und Spiegeln mit Doppellitze. Die Aermel haben Knopfverschluß, der Rückenteil einen Schlitz. Die Feldbluse, die im Rumpfteil weit und blusig sitzt, läßt dem Träger große Bewegungsfreiheit. Sie wird allgemein geschlossen getragen und nur im Dienst auf Befehl des Führers geöffnet.

Mit der Einführung des Schnürstiefels ist der langjährige Streit der Meinungen gegen den alten Marschstiefel entschieden worden.

Für den Ausgang und feierliche dienstliche Anlässe wird der derzeitige Ausgehrock unverändert beibehalten, ebenso die bisherige lange Tuchhose für Dienst und Ausgang.

Umgestaltung der preußischen Hochschulen

Berlin, 20. Juni.

Das preußische Kultusministerium wird in der nächsten Zeit eine ganze Reihe von Plänen zur Umgestaltung der Hochschule durchführen. Die Umgestaltung wird beginnen mit einem einschneidenden Ausgleich der Einkommensverhältnisse zwischen den ordentlichen Professoren und dem akademischen Nachwuchs und wird dann weiter auch den Aufbau der Fakultäten und die Umgestaltung des Unterrichts betreffen.

Staatspräsident a. D. Bolz in Schutzhaft

Stuttgart, 20. Juni.

Der ehemalige württembergische Staatspräsident Bolz wurde wegen der bekannten Vorgänge anläßlich des Katholikentages in Salzburg in Schutzhaft genommen.

Dr. Mulert fristlos entlassen

Das gerichtliche Ermittlungsverfahren geht weiter.

Berlin, 20. Juni.

Der Vorsitzende des Deutschen und des Preußischen Städtetages sowie der Führer des Deutschen Gemeindetages haben dem Präsidenten Dr. Mulert aus seinem Dienstverhältnis zum Deutschen und Preußischen Städtetag fristlos entlassen. Durch die fristlose Entlassung wird das eingeleitete Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft nicht berührt.

Wie bereits vom Deutschen Gemeindetag mitgeteilt wurde, hat die Revision des Deutschen und des Preußischen Städtetages ergeben, daß Präsident Dr. Mulert sich entgegen den gesetzlichen Bestimmungen durch einen Scheinvertrag über Diensträume einen Vorteil von im Laufe der Zeit annähernd 20 000 Mark verschafft hat. Präsident Dr. Mulert hat ferner einen dem Deutschen Städtetag von einem öffentlichen Geldinstitut zu bestimmten Zwecken eingeräumten Kredit zu einem Teilbetrag von 60 000 Mark dazu in Anspruch genommen, um dieses Geld einer Privatbank, deren Mitinhaber sein Schwager ist, als Festgeldanlage zur Verfügung zu stellen.

Auch Cohrs ausgewiesen

Das Mitglied der deutschen Gesandtschaft in Wien, Heinz Cohrs, wurde mit dem fahrplanmäßigen Berliner Flugzeug abgeschoben. Cohrs hat eine Woche im Polizeigefangenenhaus in Wien zubringen müssen.

Cohrs ist als Oberleutnant der deutschen Armee an der Isonzofront mehrfach verwundet worden. Wegen seiner Arbeit für Kärnten war ihm seinerzeit die besondere Anerkennung der Landesregierung ausgesprochen worden.

Um die Kirche.

Stettin, den 17. Juni 1933.

An den Evangelischen Oberkirchenrat, Berlin.

Die Bruderschaft des Evangelischen Predigerseminars Stettin-Kückenmühle richtet an den Evangelischen Ober-Kirchenrat Berlin die dringende Bitte, dem Wunsche des Herrn Reichsbischofs D. von Bodelschwingh sofort entsprechen zu wollen, nämlich daß den berechtigten Forderungen auf Erneuerung der Kirche auch in personeller Hinsicht in Führerschaft und Gemeinden beschleunigt Rechnung getragen werde. Wir schließen uns der Meinung des Herrn Reichsbischofs voll und ganz an, daß das große Reformwerk in der Kirche nur durchgeführt werden kann, wenn die jungen, durch den Krieg und den Kampf um die Erneuerung des Volkes geformten Kräfte verantwortlich eingesetzt werden. Wir halten deshalb eine noch längere Hinauszögerung in der Ausführung dieses Wunsches des Herrn Reichsbischofs für verhängnisvoll für unsere evangelische Kirche. Die sofortige Ausführung muß nach unserer Ueberzeugung deshalb geschehen, damit der immer wieder erhobene Vorwurf, hinter Bodelschwingh verstecke sich die Reaktion, endlich aufhören kann, aber auch vor allem, damit unsere Kirche selbst bei ihren neuen großen Aufgaben in der Gegenwart wenigstens in ihrer Organisation tüchtig und schlagkräftig ist und ihren Auftrag in dieser neuen Zeit wirklichkeitsnahe und in ganzer Kraft ausrichten kann. Wir bitten deshalb, daß sämtliche Mitglieder des Ober-Kirchenrates ihre Aemter dem von der Kirche bestimmten Herrn Reichsbischof zur Verfügung stellen und das gleiche bei allen Konsistorien veranlassen.

Wir sprechen diese Bitte nicht aus einer unbilligen Opposition gegen die Behörde oder ihre einzelnen Vertreter, sondern aus der Liebe zur Sache unserer evangelischen Kirche und aus der Sorge, es könnte das von allen sehnlichst erwartete Handeln des Herrn Reichsbischofs durch den augenblicklich fungierenden behördlichen Apparat gehemmt werden und es möchte durch Langsamkeit Entscheidendes für die Kirche versäumt werden.

Wir übergeben diesen Brief gleichzeitig der Presse.

Die Bruderschaft des Evangel. Predigerseminars Stettin.
i. a. Brauer, Senior.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Bethel-Gadderbaum. Für das Fest der Deutschen Jugend** am Tag der Sommersonnenwende sind für den Amtsbezirk Gadderbaum folgende Veranstaltungen geplant:

Freitag:

19½ Uhr Waldgottesdienst (P. v. Bodelschwingh jun.).

Samstag:

6,45 Uhr großes Wecken.
8—13 Uhr Wettkämpfe der Jugend.
14—18 Uhr Geländespiel der Aufbauschule.
17,30—18,30 Uhr Rasenspiele der weibl. Jugend.
20,45 Uhr Antreten der Verbände zum Fackelzug und zum Sonnenwendfeuer.

Bohnerwachs
hochglänzend und trittfest, sparsam im Verbrauch 10-Pfd.-Eimer Mk. 5.— franko
Wilh. Scholz, Hamburg 36, Fach 261 A

Naturreiner Wald-
Himbeer-Saft
mit Zucker
6 Pfund Kanne RM 4.50
10 Pfund Kanne „ 7.50
mit Kanne frei Haus Nachnahme durch:
Sano-Fabrik Jenny
Lindau-Reutin (Bodensee)
Wiederverkäufer Sonderpreise

Erholungsaufenthalt im Wald!
Das Erholungsheim im Solling bei Dassel, Kr. Einbeck (Weserbergland) umgeben von herrlichen Fichten- und Laubwäldern mit prächtiger Fernsicht, bietet vorzügliche Erholungsmöglichkeiten. Bei Herz und Nerven besonders bewährt. Gelegenheit zu Waldwanderungen, Luft- und Sonnenbädern, Liegekuren, Diäten. Gute reichliche Verpflegung. Preise zeitgemäß. Prospekt einfordern. Anfragen an
Sekr. Friedr. Gramm.

Bitte, hier abtrennen und als Drucksache (4 Pfg.) einsenden an **Verlag „Leben und Weltanschauung", Bad Godesberg.**

„Leben und Weltanschauung"
ist die Zeitschrift derer, die eine Vertiefung ihrer Welt- und Lebensanschauung erstreben. Herausgeber **Prof. D. Dr. Dennert** und **Dr. Wolfg. Dennert.** Verlag „Leben und Weltanschauung", Bad Godesberg. Preis vierteljährliche 1.60 Mk. (Postscheck Prof. Dennert, Köln 34443)
Der Unterzeichnete erbittet ein Probeheft.
Der Unterzeichnete bestellt hiermit „Leben und Weltanschauung" vom 1. Juli 1933 ab — vom 1. Januar 1933 an (Nichtzutreffendes durchstreichen!). Betrag folgt gleichzeitig.
Ort: ..... Name: .....
(Bitte deutliche Schrift!)

Für die Einmachzeit

zum Einkochen von Obst und Gemüse empfehlen wir Ihnen unsere bewährten
Aluminium-Einmach-Kannen
Gleichzeitig bieten wir Ihnen, in unserer eigenen Werkstätte hergestellte Korbwaren, Sessel und Liegestühle an.
Tiberias-Werkstätten
Bethel bei Bielefeld

Junges, zuverlässiges
Mädchen
17—18jährig, für Hausarbeit in kleinem Anstaltsbetrieb in Bethel gesucht. Angebote unter A 3394 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Christliches Erholungsheim
Bergsegen
Bad Sachsa / Südharz
Schöne, staubfreie Lage an Wald und Berg. 3—4 Mk. B. v. Uslar.

Erholungsuchende
finden Aufnahme im schön gelegenen Missionserholungsheim
Berghaus Schwand
in St. Blasien im südlichen Schwarzwald. Alte und Gebrechliche finden dort auch Dauerheim bei mäßigen Preisen, liebevolle Verpflegung. Meldungen sind zu richten an Missionsleiter W. Pschutt, Volmerdingsen 53 bei Bad Oeynhausen.

Ich suche ein
jung. Mädchen
als Haustochter zur Ausbildung im Haushalt zunächst für die Sommermonate. **Bedingung:** Bescheidenheit, gute Erziehung (4. Gebot), nationalsoz.-christliche Gesinnung mit dem festen Willen, auch als Haustochter in jeder Beziehung am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten. Hausgehilfin vorhanden. Landhaus in herrlicher gesunder Lage am Walde.
Staatsrat Dr. Meister
1. Bürgermeister der Stadt Meiningen (Thür.).

Christliches Erholungsheim
„Bethanien"
Langeoog / Nordsee. Wir empfehlen d. Geschwistern und Freunden unser neuerbautes Heim. Es liegt in der Nähe des Badestrandes. Familiärer Gemeinschaftskreis, Andachten im Hause. Die Preise sind bedeutend herabgesetzt. Prospekte werden gern zugesandt. Anmeld. frühzeit erb. an
Christl. Erholungsheim „Bethanien", Langeoog.

Stellengesuche und Angebote
haben im „Aufwärts" großen Erfolg!

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Dienstag abend 8¼ Uhr Bibelstunde (Phil. 4, 4), Herr S.-R. Dr. Blümcke.

— **Frauenhilfe.** Mittwoch, den 21. Juni, Spaziergang zur Habichtshöhe. Treffpunkt Dorflinde pünktl. 3½ Uhr

— **Gesangprobe für das Bethelfest.** Der Kirchenchor, Krankenchor, der Brüderchor und der Jungmädchenchor werden gebeten, am **Donnerstag 8 Uhr** zur Probe in der Zionskirche. Kantate „Selig sind die Barmherzigen" und Bethelpsalmen sind mitzubringen. J. V. Seiler.

— Donnerstag abend 8¼ Uhr ist in Gosen
Blaukreuzstunde.
Jedermann ist herzlich eingeladen.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.